

Idsteiner Zeitung



und Anzeigebblatt.

Verkündigungsorgan des Amtsgerichts und der Stadt Idstein.

Erscheint wöchentlich dreimal
Dienstag, Donnerstag u. Samstag.

Inserate:

Die 77 mm breite Zeile 30 Pfg.
Reklamezeile 50 Pfg.

Anzeigen haben in der in Stadt und Land gut verbreiteten
„Idsteiner Zeitung“ — Auflage 2100 — besten Erfolg.

— Schriftleitung, Druck und Verlag von Georg Grandpierre, Idstein. —

Fernsprecher Nr. 11.

Bezugspreis
monatlich 70 Pfg. mit Bringerlohn.

Durch die Post bezogen:

— vierteljährlich 2 Mark 10 Pfg. —

— Siehe Postzeitungsliste. —

Nr. 86.

Samstag, den 26. Juli

1919.

Politisches.

Deutsche Nationalversammlung.

Das Haus setzte am Montag die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs bei dem fünften Abschnitt „Grundrechte“ fort, die in den Artikeln 148 bis 162 das Wirtschaftsleben behandeln.

Für die Unabhängigen erhob Abg. Henke die Forderung, alle Artikel, die sich auf die Wirtschaftsordnung beziehen, zu streichen und dafür die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in die sozialistische auszusprechen. Der Antrag wurde abgelehnt und der Artikel 148 unverändert angenommen.

Artikel 150 gewährleistet das Eigentum. Nach ihm kann nur zum Wohl der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage gegen angemessene Entschädigung enteignet werden. Ein Antrag Beyerle (Ztr.) fordert, daß Enteignungen gegenüber Ländern, Gemeinden und Verbänden gegen Entschädigung vorgenommen werden können. In der Abstimmung wird Artikel 150 mit dem Antrag Beyerle angenommen.

Artikel 151 „Das Erbrecht wird nach Maßgabe des bürgerlichen Rechts gewährleistet“, wird angenommen.

Artikel 152 „Verteilung und Nutzung des Bodens“ soll jedem Deutschen, besonders kinderreichen Familien, Wohnung und Wirtschaftsheimstätten sichern unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsteilnehmer. Grundbesitz kann zur Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses, zur Förderung der Siedelung und Urbarmachung oder zur Hebung der Landwirtschaft enteignet werden. Die Fideikomisse sind aufzuheben. Die Bodenbearbeitung ist Pflicht der Grundbesitzer. Die Wertsteigerungen des Bodens, die ohne eine Arbeit oder Kapitalaufwendung erfolgt, ist der Gesamtheit zuzuführen. Alle Bodenschätze und Naturkräfte stehen unter der Aufsicht des Staates.

In der Abstimmung nach lebhafter Debatte wird der Artikel 152 mit der Aenderung angenommen, daß bei der Wertsteigerung des Bodens gesagt wird, „für die Gesamtheit nutzbar zu machen“, nicht „der Gesamtheit zuzuführen“ und daß statt Naturkräfte gesagt wird „wirtschaftlich nutzbare Naturkräfte“.

Die folgenden Artikel werden ohne wesentliche Aenderung angenommen.

Artikel 162 behandelt die Arbeiterräte; er bestimmt im wesentlichen: „Arbeiter und Angestellte wirken mit den Unternehmern an den Lohn- und Arbeitsbedingungen und der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mit. Die Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt. Arbeiter und Angestellte erhalten gesetzliche Vertretung in Betriebsarbeiterräten, Bezirksarbeiterräten und einem Reichsarbeiterrat. Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat bilden mit den Vertretungen der Unternehmungen und sonstiger beteiligter Volkskreise Bezirkswirtschaftsräte und einen Reichswirtschaftsrat, in denen die wichtigsten Berufsgruppen vertreten sind. Grundlegende sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe sind dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorzulegen. Dieser kann solche Gesetze selbst beim Reichstag beantragen. Seine Vertreter können an den Reichstagsverhandlungen darüber teilnehmen.“

Es liegen eine Reihe Abänderungsanträge dazu vor, die von den Antragstellern ausführlich begründet werden. Vor der Abstimmung über diesen Artikel und die Anträge wird Vertagung auf Dienstag beschlossen.

Die Politische Aussprache

Weimar, 23. Juli. In der Nationalversammlung hat heute die große Aussprache begonnen, die den ganzen Rest der Woche in Anspruch nehmen wird. Die Debatte wurde eingeleitet durch die Programmrede des Ministerpräsidenten und des Ministers des Auswärtigen. Die Sitzung, zu der

sich Abgeordnete, Regierungsvertreter, Presse und Tribünenbesucher zahlreich eingefunden hatten, brachte heute noch keinerlei Überraschungen, doch kann man sich darauf gefaßt machen, daß in den nächsten Tagen, wenn die Opposition zu Worte kommt, die Geister scharf aufeinander schlagen werden. Die beiden heute gehaltenen Ministerreden haben über die Stellung der Regierung zu den außen- und innenpolitischen Problemen alle Klarheit gebracht, die man nur wünschen kann. Die Grundzüge der Politik des Kabinetts Bauer stimmen mit denen des Kabinetts Scheidemann durchaus überein, nur sieht man heute schon klarer, in welchen Bahnen die deutsche Wirtschaftspolitik sich bewegen wird. Der Ministerpräsident hat ein umfangreiches Programm entwickelt, das in die soziale Schichtung und das Wirtschaftsleben des deutschen Volkes tief einschneidet. Die Regierung verleugnet ihren starken sozialen und sozialdemokratischen Einschlag nicht.

Das heute angekündigte Gesetz über die Betriebsräte wird die Arbeiter und Angestellten in ein ganz neues Verhältnis zu der Leitung der Betriebe bringen. Diese Wirtschaftskategorien sollen in der Folge mitbestimmenden Einfluß bei allen sie berührenden Angelegenheiten erhalten und damit aus dem früheren rein uneingeschränkten Abhängigkeitsverhältnis herauswachsen. Allen wirtschaftlich Abhängigen wird damit ein großer Einfluß bei der Mitbestimmung ihrer Geschicke eingeräumt, von dem man nur wünschen muß, daß er mit Mäßigung und Einsicht in die wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten geltend gemacht werde. Sachlich gehört hierher auch die Einführung einer Personalreform und einer Reform des Beamtenrechts, sowie die sinngemäße Übertragung des Gedankens der Betriebsräte auf die Beamenschaft. Man kann es nur billigen, wenn die Regierung sich auch durch die schlechte, ja verzweifelte Finanzlage des Reiches nicht abhalten läßt, durch Erhöhung der Invaliden-, Alters- und Kinderrenten sowie durch ein neues Beamtenbesoldungsgesetz für die wirtschaftlich Schwachen selbst unter Aufwendung erheblicher Mittel zu sorgen. Das notwendige Korrelat dieser großen Aufwendungen sind die gewaltigen Summen, die der Reichsfinanzminister durch restlose Ausschöpfung aller für das Reich in Betracht kommenden Geldquellen beschaffen will.

Schulfeiern nach Verabschiedung der Verfassungsvorlage.

mz. Berlin, 23. Juli. Am Tage nach der Verabschiedung der Reichsverfassung sollen würdige öffentliche Feiern und Vorträge in den Schulen und Hochschulen abgehalten werden.

Die Überführung der Eisenbahnen auf das Reich.

mz. Weimar, 22. Juli. Durch Verfügung des Reichspräsidenten vom 21. Juli wurde Reichsminister Dr. Bell mit der Leitung der Vorarbeiten für die Überführung der Staatseisenbahnen auf das Reich und mit der Bildung eines Reichsverkehrsministeriums betraut. Auch sind ihm die Befugnisse übertragen, die dem Reichskanzler gegenüber den Reichseisenbahnen zustehen. Zweck der Bildung des Ministeriums ist die Zentralisierung des Verkehrs, außerdem die Liquidierung der eisenbahnrechtlichen Eisenbahnen und die Überleitung der Eisenbahnen und Wasserstraßen auf das Reich.

Eine Zwangsanleihe?

Der „Köln. Ztg.“ zufolge wird in den Kreisen der Reichsfinanzverwaltung jetzt auch der Gedanke der Aufnahme einer Zwangsanleihe erwogen. Es soll ein Betrag von 200 Milliarden Mark in Frage kommen. Ueber die Höhe der Verzinsung bestehen Meinungsverschiedenheiten. Man spricht von einer Verzinsung von 2 v. H. Die Beträge, die von der Zwangsanleihe von der Bevölkerung zu übernehmen sind, sollen je nach der Vermögenslage des einzelnen abgestuft

werden. Rame der Gedanke zur Verwirklichung, so würde die große Vermögensabgabe zunächst verschoben werden. Ihre Erhebung würde dann später stattfinden, und sie könnte durch Hingabe von Zwangsanleihe durch die Steuerpflichtigen entrichtet werden. Ob man diese Pläne weiter verfolgen wird, steht vorläufig noch dahin.

Beratungen über die Rheinische Republik.

mz. Düsseldorf, 23. Juli. Wie bereits mitgeteilt wurde begannen heute Vormittag im Sitzungssaale des Ständehauses unter dem Vorsitz des preussischen Ministerpräsidenten Hirsch die Besprechungen über die Frage einer rheinischen oder rheinisch-westfälischen Republik. Nach den „Düsseldorfer Nachrichten“ wies Hirsch in seiner Eröffnungsansprache darauf hin, daß die rheinische Frage eine der wichtigsten, ja vielleicht die bedeutsamste Frage Preußens und Deutschlands darstelle. Der Ministerpräsident erklärte, daß die Staatsregierung nach wie vor Gegner eines solchen Abtrennungsplanes sei und nicht nur im preussischen, sondern auch im deutschen Interesse auf diesem Standpunkt stehe. Generalsekretär Dr. Bäumer-Düsseldorf regte in der Geschäftsordnungssprache an, zunächst den Beauftragten der Frage das Wort zu erteilen. Oberbürgermeister Adenauer-Köln betonte, daß die Frage vielfach falsch beurteilt werde. An Unternehmungen, wie sie von Dörten und Genossen in Wiesbaden durchgeführt worden seien, denke im Rheinland kein anständig denkender Mensch. Man dürfe aber nicht verkennen, daß die Lage des Rheinlandes ungemein schwierig sei, was außerhalb der Rheinprovinz nicht beachtet werde. Es sei notwendig, das deutsche Einheits- und Zugehörigkeitsgefühl zu stärken. An den Verhandlungen nahmen ungefähr hundertfünfzig Herren teil, darunter der Kommandant des siebenten Armeekorps, Freiherr v. Watter, der Oberpräsident der Rheinprovinz und andere.

mz. Düsseldorf, 24. Juli. Nachdem gestern die allgemeine Aussprache über die rheinisch-westfälische Frage unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Hirsch zu Ende geführt worden ist, soll über den dem Landtag unterbreiteten Autonomiegesetzentwurf und die wirtschaftliche Frage gesprochen werden. Die Vertreter der Regierung beabsichtigen nach Berlin zurückzukehren.

Die Rheinische Republik.

Die Abstimmung paßt ihnen nicht!

Die Dr. Dörtenen „Regierungsblätter“ protestieren gegen den Plan der Reichsregierung, bei Volksabstimmungen über Errichtung neuer Gliedstaaten bzw. Losreißen von Gebieten, anstatt der einfachen Mehrheit, die drei Fünftel Mehrheit entscheiden zu lassen. Demgegenüber wollen wir daran erinnern, daß die „Macher“ der Dörtenen Republik seinerzeit die Lüge vorstellten, eine Abstimmung in Rheinbessen und Nassau habe ergeben, daß 80 Proz., also vier Fünftel der für eine Rheinische Republik in Betracht kommenden stimmberechtigten Bevölkerung sich für Neubildung ausgesprochen habe. Wir meinen, wenn man überzeugt ist, daß hinter der Dörtenen Republik vier Fünftel der Bevölkerung stehen, dann braucht man sich nicht aufzuregen, wenn drei Fünftel Majorität gesetzlich normiert wird. Wir vermuten, daß der 2. Juni den Herren von Wiesbaden die Überzeugung beigegeben hat, wie es in Wirklichkeit mit den berühmten 80 Prozent steht.

In allen Lesungen angenommen.

mz. London, 22. Juli. (Unterhaus.) Der Friedensvertrag wurde in allen Lesungen, nachdem irische Nationalisten als Protest gegenüber der Haltung der Regierung in der irischen Frage Abstimmung verlangt hatten, mit 163 gegen 4 Stimmen angenommen. Die den englisch-franz. Vertrag betreffende Vorlage wurde in sämtlichen Lesungen einstimmig angenommen.

Der Parteitag der Demokraten.

Berlin, 22. Juli. Samstag nachmittag begann im Festsaale der Philharmonie der Erste Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei, der bis zum 22. Juli dauern wird.

Zum Ersten Vorsitzenden des Parteitages wurde der Abgeordnete Koch (Kassel) gewählt. Der Abgeordnete Rusche erstattete den Bericht der Parteileitung. Danach hat die Partei zurzeit etwa 900 000 organisierte Mitglieder. Der Abgeordnete Petersen berichtete über die Tätigkeit der Fraktion in der Nationalversammlung. Die Friedensfrage sei für die Fraktion keine Programmfrage gewesen. Es sei falsch, wenn behauptet würde, daß andere Gründe als die äußere Politik der Demokraten zum Austritt aus der Regierung bestimmt hätten. Die Partei sei stets bereit, mit der Regierung zu arbeiten, um ein freies Deutschland zu schaffen. Jetzt wolle die Partei nur mahnen neben der Sozialdemokratie einhermarschieren. Aber auch jetzt werde die Partei die Mehrheitssozialisten in jeder wirklich und verständigen Sozialpolitik unterstützen. Gegen die Unabhängigen und Kommunisten könne die Grenzlinie nicht scharf genug gezogen werden. Das Ideal der Partei gipfele in dem Ideal sozialer Gerechtigkeit, dem der Reiche genau so dienen könne wie der Arme.

Die Sonntagvormittags-Sitzung wurde eröffnet mit dem Referat des Grafen Bernstorff über die auswärtige Politik. Seinen Ausführungen sei folgendes entnommen: Eine Welt-politik, wie wir sie vor dem Kriege getrieben haben, ist jetzt unmöglich. Wir müssen die Revision des Friedensvertrages verlangen. Wir wollen die auswärtige Politik neu aufbauen. Der Weg führt in den Völkerbund und durch ihn zur Revision des Friedens. Ferner muß unsere auswärtige Politik so geartet sein, daß wir mit Aussicht auf Erfolg die Frist der Besetzung der linksrheinischen Gebiete verkürzen können. Es muß dann Hauptaufgabe der deutschen Außenpolitik sein, den Eintritt in den Völkerbund zu betreiben.

Dann sprach Geheimrat Professor Gerlach (Dena). Wir dürfen uns an das Zentrum und an die Sozialdemokraten unter keinen Umständen anbinden. Wir müssen unsere eigene Politik treiben. Unser politischer Gegner steht rechts. Selbstverständlich müssen auch die Unabhängigen bekämpft werden. Wir müssen nationaldemokratisch und sozial sein.

Abg. Coblenz (Frankfurt a. M.) fordert den Einheitsstaat mit einer starken Selbstverwaltung der einzelnen Landesteile. Bankdirektor Dr. Schacht (Berlin) meint, die große Hauptfrage der Zukunft sei eine gerechte Steuerpolitik. Die Vermögensabgabe sei eine absolute Notwendigkeit, aber die Steuervorlagen dürften nicht die Wirtschaft totschlagen. Abg. von Rietzen besennt sich als Freund der Unterzeichnung des Friedens. Abg. Dr. Raumann, von großem Beifall empfangen, wandte sich scharf gegen Rietzen. Wenn wir den Frieden mit unterschrieben hätten, wäre die Gestaltung der deutschen Zukunft in die Hände der Rechtsparteien gelangt. Wir wollen abwarten, was unter der Kontrolle der Verbandskommission von Demokratie und Selbstverwaltung noch übrig bleiben wird. So schlecht ist die Verfassung nicht, wie sie hier hingestellt worden ist. Manche Leute haben vor Erzberger gewarnt. In diesem Manne steckt eine starke politische Potenz. Er ist der leuchtende Kopf in dieser Regierung. So behaupten wenigstens die Leute, die gerne mit ihm gehen möchten. Es ist ja möglich, daß Erzberger etwas schafft. Aber es ist für unseren Parteitag fraglich, ob das dann demokratische Politik sein würde.

In der Nachmittagsitzung sprach Abg. Götze. Das Unannehmliche des 12. Mai war ein schwerer politischer Fehler, wenn man nicht die Absicht hatte, zu blaffen. Schon am nächsten Tage setzten die Umtriebe ein, die die Einigkeit zerstörten. (Zurufe: Erzberger!) Die Unabhängigen haben mit ihrer Generallistendrohung dem Volke schweren Schaden zugefügt. Auch ein Teil der deutschen Zeitungen, wie die „Vossische Zeitung“, hat uns das Rückgrat gebrochen. Scheidemanns Politik sei durch Erzberger sabotiert worden.

Handelsminister Fischel sprach sich für einen großen einheitlichen Staat aus. Professor Obft (Breslau): Wir sind in Gefahr, irre zu werden an der demokratischen Partei. (Zustimmung und Widerspruch.) Die Partei habe das Rätesystem und die Planwirtschaft abgelehnt. Was wolle sie nun an deren Stelle setzen? Prof. Obft beantragt schließlich, zwei Kommissionen einzusetzen, die sich mit diesen Fragen befassen sollen.

Am Montag wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Der Parteitag erteilte der Fraktion ein Vertrauensvotum und lehnte einen Antrag ab, in dem der Austritt aus der Koalition mißbilligt wird. Ein Antrag des Abg. Weiß gegen den Schultompromiß wurde einstimmig angenommen. Ein Antrag, der die dreijährige Legislaturperiode forderte, wurde mit 353 gegen 303 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde mit großer Mehrheit einem Antrage zugestimmt, der die Fraktion auffordert, hinsichtlich der dreijährigen Legislaturperiode neue Erwägungen anzustellen.

Sodann begann die Erörterung der Programmfrage. Zuerst wurde der Satzungsentwurf beraten, der von der Satzungscommission in zwölfstündiger Arbeit grundlegend verändert worden ist. Der Satzungsentwurf wurde schließ-

lich in der Kommissionsfassung en bloc angenommen. Die Beratung des neuen Programms wurde eingeleitet durch ein Referat des Rechtsanwalts Dr. Frankfurter (Berlin). Der Programmentwurf wurde schließlich einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Von einer Generaldebatte nahm man Abstand. Dann referierte Friedrich Raumann über Schule und Kirche. Die Schule müsse ein Ausdruck der Entwicklung sein. Raumann kommt dann auf den Schultompromiß zu sprechen und erklärt, daß es vom Standpunkt des Zentrums ganz richtig sei, wenn es die Konfession in den Mittelpunkt des Tages stelle. Die Sozialdemokratie habe aber beim Abschluß des Kompromisses ihre Weltanschauung verraten. Man könne froh sein, daß die Kirche frei werde vom Polizeigeiste. Die Lostrennung müsse mit Schonung vorgenommen werden. Der Geist der gegenseitigen Duldung müsse stärker werden.

Aus nah und fern.

Idstein, den 25. Juli 1919.

Behandlungen der Requisitionen.

Das „Mainzer Tageblatt“ teilt mit: Gemäß den internationalen Vereinbarungen müssen die okkupierenden Armeen ihre Requisitionen selbst regeln. Diese Bestimmungen sind nicht von Gemeindeverwaltungen beobachtet worden, die Zahlungen vorgenommen haben, indem sie sich auf die Abschätzung der gemäß dem deutschen Gesetz eingesetzten Zivilkommissionen stützten. Infolgedessen bestimmt der kommandierende General der Armee folgendes:

1. Die Zivilabschätzungscommissionen, die ohne Wissen der französischen Behörden und den internationalen Bestimmungen zuwider tätig sind, werden aufgehoben und müssen ihre Tätigkeit sofort einstellen. Die Mitglieder der Gemeindeverwaltungen und die Zivilbehörden werden für die Ausführung dieser Bestimmungen gegebenenfalls unter Bestrafung verantwortlich gemacht.

2. Wenn die Gemeindeverwaltungen direkt aufgefördert werden, gewisse Lieferungen zu leisten, so ist es ihnen ausdrücklich untersagt, deren Regelung selbst vorzunehmen. In keinem Falle und unter keinem Vorwand können sie weder Abschätzung noch Zahlung vornehmen. Sie sind gezwungen, der französischen Behörde die Namen der Leistungspflichtigen anzugeben, die direkt bezahlt werden gemäß den Bestimmungen des französischen Gesetzes und dem für die Abschätzungen und Regelungen in den Rheinlanden festgesetzten Verfahren.

3. Die von den deutschen Abschätzungscommissionen und Gemeindeverwaltungen schon vorgenommenen Abschätzungen und Regelungen sind ungültig. Die Gemeindeverwaltungen müssen innerhalb 14 Tagen nach Bekanntmachung dieser Bestimmung Belege für die durch die erfolgten Regelungen, Namensverzeichnisse derjenigen, die geleistet haben, Protokolle der Kommissionen, Angabe der zurückgezählten Summen usw. vorlegen. Eine neue Abschätzung der zurückgezählten Summen wird durch die französischen Kommissionen stattfinden. Die Zahlungen erfolgen durch die französische Intendantur nach Abzug derjenigen, die geleistet haben, schon vergüteten Entschädigungen. Wenn die Entschädigungen die Abschätzungen der französischen Kommission überstiegen haben, müssen die Gemeindeverwaltungen innerhalb 3 Monaten nach Entschädigung die Differenz wieder einziehen.

4. Die mit der Zivilkontrolle beauftragten Behörden haben sich durch öftere Prüfungen der Gemeindebudgets zu vergewissern, daß die so vorgeschriebenen Rückzahlungen vorgenommen worden sind, und daß keine Zahlung mehr für Requisition stattfindet.

— **Abklärung.** Es ist ein besondere Eigenart dieses Jahres, daß jedes Gewitter stets einen völligen Umschlag des ganzen Wettercharakters, vor allem einen starken Abfall der Wärme mit sich bringt. Die Niederschläge sind für Feld und Garten noch sehr notwendig gewesen und die Kühle muß man dabei mit in Kauf nehmen. Im Taunus sind wir ja daran gewöhnt, daß man fast alljährlich einmal mitten im Sommer den Ofen anheizen muß. — Im Felde sind nun die Kartoffeln so kräftig entwidelt, daß ihr Kraut den Boden völlig bedeckt. Wird uns bis zum Herbst einigermassen normales Wetter beschert, dann kann man mit einer guten Kartoffelernte rechnen. Mit der Kornerte wurde im Maintal schon ein kleiner Anfang gemacht.

— **Der Mord bei Niederseelbach.** Die eingehenden Ermittlungen über den Mord, der an der 45jährigen Mühlenbesitzerin Witwe Pfennig von der Lenzenmühle begangen wurde, haben so viel ergeben, daß die Frau einem Lustmord zum Opfer gefallen ist. Von dem Mörder aber fehlt jede Spur. Auf die Ermittlung desselben ist inzwischen eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt worden. Die Untersuchungsbehörde legt Wert darauf, daß die beiden Männer, die am Mordtage in der Nähe der Stelle, wo die Leiche gefunden wurde, Gras rupften, sich melden, ebenso die zwei Radfahrer, die am 13. und 14. Juli die Straße Königshofen—Niederseelbach

passiert haben, also in der Nähe der Auffindungsstelle der Leiche vorbeigekommen sind. — Das öffentliche Interesse verlangt es, daß jeder, der an der Aufklärung mithelfen kann, diese Hilfe nicht verlagert.

— **Billige frühe Erbsen.** In Mainz werden, wie die „Volksstimme“ berichtet, in dem dortigen städtischen Laden seit Montag frische Erbsen in jeder Menge zu 35 Pfg. per Pfund abgegeben.

— **Der 78. Feldbergturntag** fand am Sonntag in der Turnhalle der Bodenheimer Turngemeinde statt. Nach einer längeren Aussprache wird ein Antrag Pfaff angenommen, das Feldbergfest dieses Jahr am 31. August auf dem Feldberg abzuhalten. Kann infolge der Besetzung der Feldberg nicht erreicht werden, dann wird der Wettkampf auf dem Homburger Exerzierplatz ausgesetzt. Als Übungen werden bestimmt: Ein Bierkampf, Laufen über 100 Meter, Kugelstoßen (20 Pfund), Weisprung ohne Brett und eine Freübung. Geturnt wird in Unterstufe (14 bis 17 Jahre) und Oberstufe (über 17 Jahre).

a. Engenhahn, 24. Juli. Die unlängst in der „Idsteiner Ztg.“ in Aussicht gestellte hl. Mission für unsere Kapellengemeinde wird bestimmt in der Zeit vom 21.—28. Dezember ds. Js. von Vater Maximilian Guardian des Kapuzinerflosters zu Dieburg bei Darmstadt abgehalten.

Aus dem Taunus, 22. Juli. Heute vor 100 Jahren, am 22. Juli 1819, war im mittleren Taunus ein schweres Unwetter mit Hagelschlag, desgleichen vorher noch nachher nicht gewesen ist. Die Orte Falkenstein, Fischbach, Hornau, Königstein, Schneidhain und Eppstein litten darunter in furchtbarem Maße. Der Regen ging in solchen Strömen nieder, daß Felder und Wiesen überschwemmt und die Täler in tiefe Seen umgewandelt wurden. Der Hagel zerbrach die Früchte des Feldes, daß es ein Jammer war, das Bild der Verwüstung zu sehen. Der Blitz schlug zweimal in den Turm der Königsteiner Festungsruine, und brannte dessen bis dahin erhaltenes Dach ab. Infolge des Unwetters trat große Not bei vielen Landwirten ein, die man nach besten Kräften zu lindern suchte. Allenthalben wurden Sammlungen veranstaltet, um Saatfrucht und Viehfutter für die heimgesuchten Taunusorte zu gewinnen. Auch die nassauische Regierung kam den schwer Geschädigten entgegen und bewilligte einen Steuerlaß auf mehrere Jahre, so daß der Schaden nach und nach langsam wieder auswich.

Höchst-Eindlingen, 20. Juli. Der für hier als Rektor gewählte Lehrer aus Bitten hatte inzwischen eine Hauptlehrerstelle in Bittersfeld angenommen, weil er lange auf Bescheid warten mußte. Da er nun erfuhr, daß er für hier bestimmt sei, hat er erklärt, die dortige Stelle aufzugeben und die hiesige antreten zu wollen.

Margheim, 20. Juli. Der in der hiesigen Gemartung hergerichtete französische Flugplatz von etwa 370 Morgen Größe ist fertiggestellt. Es fanden auf ihm 12 Flughallen Aufstellung.

Biebrich, 20. Juli. Eine hiesige sehr reiche Dame, Fräulein K., bot gestern einem hiesigen Händler 1½ Zentner Kartoffeln an. Der Händler eilte auf diese Botschaft sofort hin. Doch wie erstaunte er, als ihm für den Zentner 200 Mark, also in Summa dreihundert Mark abverlangt wurden. Der Händler hatte, Gott sei Dank, das Herz auf dem rechten Fleck. Er lehnte glatt ab und teilte das Nötige der Polizei mit. Diese traf dann mit dem Händler zusammen in der Villa K., ein, beschlagnahmte die Kartoffeln, und der Händler fuhr dieselben direkt ins Krankenhaus.

Mainz, 22. Juli. Der Haushaltsvoranschlag der Stadt Mainz wurde in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung nach langer General- und Spezialdebatte einstimmig angenommen. Nach dem Bericht des Finanzausschusses beträgt die Gesamtsumme der Umlagen nach dem Entwurf 14 155 508 M. Auf 100 M. Steuerwert des Vermögens entfallen 44,4 Pfg., auf 1 M. staatliche Einkommensteuer 22,4 Pfg. Gemeindeabgaben.

Mainz-Mombach, 22. Juli. Das Haarabschneiden ist mit schlechtem Erfolg auch im hiesigen Stadtteile von einer Anzahl Burschen an jungen Mädchen ausgeführt worden. Auf Anzeige hin wurden jetzt zahlreiche junge Leute verhaftet. Sie befinden sich bis zur Stunde in Untersuchungshaft.

Deftrich, 22. Juli. Ein Bubenstich, das die ganze Gemeinde in eine bedrängte Lage versetzte, wurde am Sonntag hier verübt. In der Wohnung des französischen Platzkommandanten in der Villa Stöck wurde die dort angebrachte französische Fahne mit Salzsäure vernichtet. Die Gemeinde wurde zur Rechenschaft gezogen und muß neben Anschaffung und Anbringung einer neuen Fahne eine mehrere tausend Mark betragende Geldbuße entrichten, wenn der Täter nicht ermittelt wird. Auf die Ergreifung desselben hat die Gemeindebehörde eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. Ueber die Hissung der neuen Fahne schreibt der „Rheing. Bztg.“ folgendes: „... Innerhalb 24 Stunden mußte die Gemeinde eine neue Fahne besorgen und am Sonntag morgen zogen französische Truppen mit Musik und unser Herr Bürgermeister mit Ver-

treten der Gemeinde zum Standort der beschädigten Fahne. Hier hißte Herr Bürgermeister Beder bei der militärischen Feierlichkeit die neue Fahne an dem Mast, während die Gemeindevorsteher die Tricolore durch Entblößen des Hauptes ehrten.

Söhr, 21. Juli. Bei einem Streit zwischen zwei 16jährigen Burschen goß der eine seinem Gegner eine Flasche Benzin über den Körper. Nach dem Streit steckte sich der eine Bursche eine Zigarette an. Dabei fiel ein Funke auf die benzindurchtränkte Kleidung des anderen. Im Nu stand der Bursche in Flammen und fand trotz rascher Hilfe seinen Tod.

Caub, 21. Juli. Die hiesige Oberförsterstelle ist dem Oberförster Proempeler, seither in Gumbinnen, übertragen.

Marburg, 19. Juli. In der Nacht zum Donnerstag drang eine Räuberbande in das Forsthaus Körle und überfiel das hier zur Erholung weilende Lehrer-Ehepaar Wagner. Es entspann sich ein Kampf, bei dem Frau Wagner getötet und ihr Mann lebensgefährlich verletzt wurde. Die Spur der Räuber führt nach Cassel.

Kassel, 19. Juli. Räuber überfielen nachts das Schulhaus in Hehmsdorf und töteten den Lehrer Genau durch Revolvergeschüsse. Die Schule wurde geschlossen.

*** Es gibt noch ehrliche Spitzbuben.** In Gunterblum haben Diebe, die an drei verschiedenen Plätzen Kässer mit Wein gestohlen hatten, in einer Nacht die leeren Kässer den Bestohlenen wieder in den Hof gestellt. Allerhand Hochachtung!

Letzte Meldungen.

Enttüllungen Erzbergers.

mz. Die verschiedenen Blättern aus Weimar mitgeteilt wird, beabsichtigt Reichsminister Erzberger, in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wichtige Mitteilungen aus dem Sommer 1917 zu verlesen, aus denen hervorgeht, daß ein englisches Friedensangebot durch die damalige Regierung Michaelis falsch behandelt worden sei. Der päpstliche Nuntius in München hätte sich in einem Schreiben an die Reichsregierung gewandt mit der Erklärung, die englische Regierung habe durch den englischen Botschafter am päpstlichen Stuhl gebeten, in Deutschland anzufahren, wie dieses über die belgische Frage denke, um vielleicht auf diesem Wege zu einem baldigen Frieden zu kommen. Deutschland solle mitteilen, welche Entschädigungen es Belgien zuzubilligen gewillt sei und welche Garantien Deutschland beanpruche.

Deutschland und der Völkerbund.

mz. Amsterdam, 24. Juli. Barneß teilte in seiner während der Aussprache im Unterhause über den Friedensvertrag gehaltenen Rede mit, daß man bereit sei, Deutschland sobald wie möglich in den Völkerbund aufzunehmen und daß der Völkerrat zugestanden habe, daß nach Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund auch deutsche Vertreter zu der Konferenz zugelassen werden sollen, die die Arbeitsregelung behandeln soll.

Zur Rückkehr der Kriegsgefangenen.

mz. Amsterdam, 24. Juli. „Daily News“ vom 22. Juli melden, daß Vorbereitungen getroffen worden sind, um eine große Anzahl deutscher Kriegsgefangener auf dem Wege über Dover-Rotterdam in die Heimat zu entsenden. Der erste Transport sei am 21. Juli auf dem Dampfer „St. Denis“ in Dover eingeschifft worden.

Fortbauer der Fleischkarte.

mz. Berlin, 24. Juli. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung über die Aufrechterhaltung der Fleischkarte und über die Verbrauchshöchstmengen an Fleisch und Fleischwaren, sowie eine Bekanntmachung über die Verlängerung der Prioritätspflichten in Dänemark.

Gewöhnliches Militär-Polizei-Gericht des Untertaunuskreises. (Sitzung vom 11. Juli.)

Friedrich Scheidt aus Langenschwalbach: Wegen frechem Benehmen gegenüber den franz. Truppen: 50 M. Geldstrafe.

Frau Reinhardt Schmidt aus Wehen: Wegen eigenmächtiger Beschränkung der den Quartiergebern obliegenden Pflichten: 100 M. Geldstrafe.

Hrl. Ohlenburger aus Idstein: Wegen Versuchs, Lebensmittel in die neutrale Zone einzuführen unter Zulassung mildernder Umstände in Bezugnahme auf das jugendliche Alter der Angeklagten: 100 M. Geldstrafe und Beschlagnahme der Waren.

Karl Rübsamen senior und Karl Rübsamen junior: Wegen Beleidigung und Bedrohung eines französischen Soldaten, jeder zu 100 M. Geldstrafe.

Heinrich Meyer aus Lausenselden: Waren schmuggel — Seife — in die neutrale Zone: 1 Monat Gefängnis und Beschlagnahme der Ware.

Otto Bleichschmidt und Phil. Kaiser aus Hausen v. d. H.: Wegen Vorenthaltung einer deutschen Kriegswaffe — Karabiner Mod. 98 — und Wildberns, jeder zu 100 M. Geldstrafe und 1 Monat Gefängnis.

Fahrrad mit Bereif., 170 Mk., einzelne Schläuche, v. Sonnt. vorm. bis 12 Uhr Annsstr. 2 p. l., Ecke Philippsberg, Wiesb.

Hofhund, tigerfarbig, auf den Namen „Ruf“ hörend, entlaufen. Wiederbringer erhält Belohnung. Vor Ankauf wird gewarnt.

Hofgut Henriettenthal, bei Wörzsdorf.

Suche zum 1. August **Mädchen**, welches schon in Stellung war und eine Frau zum Putzen von 7—9 Uhr vormittags.

Frau Julius Merz, Bahnhofstr. 4.

Frisch eingetroffen!

Stanzabfälle & Kernecken

Vache- und Sohlleder

Prima Rindleder

:: Boxcalf, Ross-Box :: Chevreaux schwarz u. farbig.

Verkauf an Jedermann.

G. Stritter, Lederhandlung

Wiesbaden, Kirchgasse 74

Telefon 933, Geschäftszeit 8—1 u. 3—6 Uhr.

Bringe mein

Grabsteingeschäft

für die Herbstbestellungen in empfehlende Erinnerung.

Reiche Auswahl am Platze. Neben der Herstellung von

Denkmälern in allen Natursteinen habe ich in meinem Betrieb die

Kunststeinfabrikation

mit eingeführt.

Ich fertige Grabsteine und Einfassungen in **künstlichem Granit** und **Muschelkalkstein**. Diese haben den Vorzug der Billigkeit, sind garantiert haltbar und schön.

Treppentufen, Gartenpfosten, Gartenwegeinfassungen etc. werden auf Bestellung angefertigt.

Theodor Link, Steinmetzgeschäft

Idstein i. Ts.

Telefon Nr. 43.

**Hemdentuche
Schürzenzeuge
Hemdenflanelle
Blusenflanelle
Rohnessei
Matratzendrelle**

In grösster Auswahl zu billigsten Preisen.

Für Wiederverkäufer

En gros-Preise.

Julius Lahnstein

MAINZ, Gutenbergplatz 13.

Geschäfts-Eröffnung.

Den geehrten Einwohnern von Niedernhausen und Umgebung die gefl. Mitteilung, daß ich in **Niedernhausen** im Hause Frankfurterstr. 18 ein

Spengler-
und

Installationsgeschäft

eröffnet habe. Ich empfehle mich in allen in dies Fach einschlagenden Arbeiten und bitte um geneigten Zuspruch.

Hochachtungsvoll

Ernst Schreiner.

Reparaturen
schnellstens und billigst.

Eingetroffen:

Einkochapparate
mit Thermometer 24.— Mk.

Einkochgläser

Geleegläser

Gummiringe

Waffeleisen

Thomasmehl

Sternmarke

zu haben ab Lager bei

S. Goldschmidt

Wieder eingetroffen sind:

Schmiedeeis. Kochherde

Transport. Kesselgestelle

mit emaillierten Gußesseln

Gußeis. Waffeleisen, Inornd. Gußtöpfe

Emaillierte Töpfe

Bezinkte Töpfe, Kannen u. Eimer

Handleiterwagen, Conservengläser

Thomasschlackmehl, Kainit.

Eich & Mauss

Idstein

Fernsprecher Nr. 2.



Ein Schwein

8 Monate alt, zum Einlegen, auch zur Zucht geeignet, zu verkaufen bei Karl Freund, Esch.

Lebensmittelpreise.

Die Preise für ausländische Lebensmittel sind nunmehr vom Oberversorgungsamt Mainz festgesetzt und zwar sowohl für eine Zufuhr, wie sie auch im unbefestigten Deutschland ausgegeben wird und aber nur in ganz bestimmter Höhe, als auch für Mengen über die Zufuhr hinaus.

Es stehen der Versorgungsberechtigten Bevölkerung außer den Rationen an deutschen Lebensmitteln wöchentlich zu:

Weizenmehl	250 Gr.	M. 2.90 je Kilo
Reis	62,5 "	" 4.40 "
Hülsenfrüchte	62,5 "	" 3.20 "
Rinder-Pöckelfleisch	"	" 15.80 "
Schweinefleisch	"	" 11.40 "

100 Gr. in den Landgemeinden, soweit aus inländischem Fleisch nicht 150 Gr. in den Städten gegeben werden.

Speck	62,5 "	" 11.40 "
Fett	50 "	" 12.50 "

Über diese Mengen hinaus kosten die Lebensmittel:

Weizenmehl	M. 5.— je Kilo
Reis	4.90 "
Hülsenfrüchte	4.30 "
Rinder-Pöckelfleisch	17.35 "
Schweinefleisch	18.25 "
Speck	16.25 "
Kondens. Milch d. Dose	3.30 "

Wie wiederholt bekanntgegeben, werden die Lebensmittel den Gemeinden nur auf Bestellung geliefert.

Ich rate den Gemeinden mit wenigen Versorgungsberechtigten und den Gemeinden, die nicht an der Bahn liegen, mit mehreren Gemeinden zusammen ihre Bestellungen regelmäßig einzusenden. Die vorgenannten Preise gelten zunächst bis zum 3. August.

Langenschwalbach, den 21. Juli 1919.

Der Landrat: v. Trösch.

Fleischverkauf.

Samstag, in allen Fleischverkaufsstellen auf die A-Fleischsorte 100 Gr., auf B-Fleischsorte 50 Gr. einschl. Wurst.

Zulagen.

Nährmittel-Zulagen für Kinder unter 2 Jahren für Monat August Samstag nachmittags 2—3 Uhr im Lebensmittelamt.

Reis

für Kranke und Kinder, Bezugsscheine über je 1/2 Pfund Samstag, nachmittags 2—3 Uhr im Lebensmittelamt. Preis für 1 Pfund 2.20 M.

Butter

in den Geschäften von Baum und Dambach auf Fettkarte 139 - 40 Gr. zu 45 Pfg., nur für Buchstabe S-M.

Eier.

Eine Belieferung an Kranke auf Attest ist nicht möglich, da keine Eier mehr bei uns abgeliefert werden.

Kleien für Selbstversorger.

Die den hiesigen Selbstversorgern aus dem Versorgungsjahr 1918/19 zustehenden Kleienmengen können am Samstag, den 26. Juli d. Js., abends von 6—7 Uhr im Hofe des Landwirts Hermann Schütz, Schulgasse, in Empfang genommen werden.

Idstein, den 25. Juli 1919.

Der Magistrat:

Leichtfuß, Bürgermeister.

Die unter Nr. 1002 für Adolf Junior ausgestellte rote Legitimationskarte ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Idstein, den 25. Juli 1919.

Der Bürgermeister: Leichtfuß.

Öffentliche Mahnung

zur Zahlung fälliger Steuern.

Die rückständigen Steuern für das 1. Vierteljahr 1919 (April, Mai, Juni) sind bis 28. d. Mts. zu entrichten. Nach Ablauf dieser Frist beginnt am 29. d. Mts. die kostenpflichtige Zwangsbeitreibung.

Die Stadtkasse.

Holzversteigerung

Montag, den 28. Juli d. Js., vormittags 9 Uhr anfangend, kommt im Niederseelbacher Gemeindewald folgendes Gehölz zur Versteigerung:

Distrikt 13 Scheidfeld Eichen Schälholz	
62 Eichen-Stangen	I. Kl.
165 "	II. "
110 "	III. "
63 "	IV. "
120 rm Schichtnutholz	2,40 m lang
322 " Schälholz-Knüttelholz	
151 " Reiser I. Kl.	

Niederseelbach, den 22. Juli 1919.

Der Bürgermeister: D. St.

Baugewerkschüler

sucht für Wintersemester 1919/20 Wohnung mit voller Verpflegung. Angebote mit Preisangabe sind zu richten an den Verl. d. Idst. Btg. unter O. H. 357.

Ein kräftiger Junge

kann die Bäckerei erlernen bei Franz Diehl, Viebrich, Kaiserstr.

Ordentliches Mädchen

zum 1. Sept. gesucht. Frau Ezerlinshy, Bahnhofstraße 34.



Heute morgen 8^{3/4} Uhr entschlief sanft nach kurzem Leiden, versehen mit den Sterbesakramenten der kath. Kirche, meine herzensgute, treusorgende, liebevolle Gattin, unsere gute Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Maria Heuchemer, geb. Wehler

im Alter von 40 Jahren.

Idstein, Frankfurt a. M., Usingen, Selters (Westerw.), den 24. Juli 1919.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Daniel Heuchemer.

Die Beerdigung findet Sonntag, nachm. 3 Uhr vom Sterbehaus aus statt.

Vaterländischer Frauenverein Idstein.

Einladung.

Die Mitglieder unseres Vereins werden zu der am Sonntag, den 27. Juli 1919, im Speisesaal der hiesigen Anstalt stattfindenden

Mitglieder-Versammlung

höflichst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht über die Wirksamkeit des Vereins im verflossenen Jahr.
2. Rechnungsablage der Rechnung für 1918 und Wahl zweier Rechnungsprüferinnen.
3. Entlastung der Schatzmeisterin für die Rechnung von 1917.
4. Sonstiges.

Alle ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. Die Versammlung ist genehmigt.

Der Vorstand.

J. A.: Dir. Schwenk, Schriftführer.

Für die anlässlich unserer Vermählung uns entgegengebrachten Glückwünsche sagen herzlichen Dank

Karl Großmann u. Frau.

Wörsdorf, den 24. Juli 1919.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke anlässlich unserer silbernen Hochzeit sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.

Gustav Feldmann u. Frau,

Auguste, geb. Guckes.

Bermbach, den 24. Juli 1919.

Sozialdemokratische Partei Untertaunus.

Filiale Idstein.

Sonntag, den 27. Juli, nachmittags 3 Uhr in Idstein im „Goldnen Lamm“:

Mitglieder-Versammlung.

Es ist Pflicht eines jeden Genossen zu erscheinen.

Der Vorstand.

Tuchfabrik

kauft jedes Quantum Schafwolle, Rohwolle, Abfallwolle, Altwolle, (gestrickte Abfälle u. dergl.) gebe auch prima Anzugstoffe das Meter 35 Mk. dagegen (Postkarte genügt).

Ernst Nitzsche, Wiesbaden, Gneisenaustr. 16.

Ein guterhaltener

Guß-Emaille-Herd

zu verkaufen. Näh. im Verl. d. Idst. Btg.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Christine Müller Wwe.

geb. Baum

im Alter von 67 Jahren Mittwoch Abend 10 Uhr zu sich in die Ewigkeit abzurufen. Erbenheim, den 24. Juli 1919.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: F. Ph. Baum.

Die Beerdigung findet Samstag Nachmittag 3^{1/4} Uhr in Erbenheim vom Trauerhause Wiesbadenerstr. 14 aus statt.

Raffaenische

Kriegsversicherung.

Die Abrechnung für die im August 1914 errichtete Raffaenische Kriegsversicherung soll bedingungsgemäß 3 Monate nach Beendigung des Krieges (das heißt 3 Monate nach Friedensschluss) erfolgen. Es werden daher die bisher mit der Anmeldung ihrer Ansprüche noch rückständigen Hinterbliebenen von gefallenen (vermögenden) und versicherten Kriegsteilnehmern aufgefordert, die gelösten Anteilscheine mit der großen kandesamtlichen Sterbekunde umgehend an uns einzusenden.

Jeder Empfangsberechtigte erhält nach Eingang der Scheine und nach Anerkennung deren Gültigkeit eine Bestätigungskarte über die vollzogene Vormerkung. Wer daher die gelösten Scheine bereits eingesandt und die Bestätigungskarte erhalten hat, braucht keine weiteren Schritte mehr zu unternehmen.

Das Ergebnis der Abrechnung und die Höhe der jeweils fälligen Leistung wird jedem Empfangsberechtigten nach der Abrechnung mitgeteilt.

Wiesbaden.

Direktion der Raffaenischen Landesbank.

(Abteilung: Kriegsversicherung.)

Eine fahrbare Holzschneidemaschine (Selbstfahrer) mit Pferd. Benzinmotor, derselbe ist so eingerichtet, daß er an Dreschmaschinen und Schrotmühlen verwendet werden kann, sowie 10 Sägeblätter zu verkaufen. Zu erfragen im Verl. der Idst. Btg.

Ein neuer Anzug, für mittlere noch nicht getragener Figur passend, zu verkaufen. Zu erfr. im Verl. der Idst. Btg.

Eine fast neue eiserne Kinderbettstelle gegen eine große Bettstelle mit entsprechender Zahlung zu vertauschen gesucht. Zu erfragen im Verl. der Idst. Btg.

Notizbuch mit Paß verloren. Wiederbringer Belohnung. Adolf Junior.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Kirche zu Idstein.

Sonntag, den 27. Juli 1919. 6. Sonnt. n. Trinit. Vormittags 9^{1/2} Uhr: Lieder 137, 239. Christenlehre.

Dekan Ernst.

Abends 8 Uhr. Lieder: 30, 394. Pfarrer Moser.

Katholische Kirche zu Idstein.

27. Juli. 7. Sonntag nach Pfingsten. Fest der Kirchenpatronin der hl. Maria Magdalena. Morgens 10 Uhr Hochamt mit Predigt, theophorischer Prozession und Segen. Nachmittags 2 Uhr Andacht mit Segen. Pfarrer Dufcher.